Vorwort des Redaktors

Autor(en): **Hofstetter, Edwin**

Objekttyp: **Preface**

Zeitschrift: **Schweizer Soldat + MFD : unabhängige Monatszeitschrift für Armee und Kader mit MFD-Zeitung**

Band (Jahr): **62 (1987)**

Heft 10

PDF erstellt am: **02.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

VORWORT DES REDAKTORS

Standfeste Parlamentarier wählen

Unsere Ratsherren in Bern befinden unter anderem über die Rüstungsbotschaften, die verfügbaren Kredite für die Ausbildung und die militärischen Bauten sowie letztendlich über die Organisation unserer Armee. Es liegt im Interesse einer starken militärischen Landesverteidigung im Rahmen der Gesamtverteidigung, wenn wir Frauen und Männer nach Bern wählen, welche die wirklichen Gefahren für unsere Freiheit und Unabhängigkeit erkennen. Auf Windfahnenpolitiker, welche ihre Worte und Handlungen nur nach den gerade vorherschenden politischen und opportunen Strömungen richten, könnten wir verzichten. Eigenartig sind die Machenschaften gewisser Kreise im Vorfeld der Wahlen. Ohne Rücksicht auf mögliche wirtschaftliche Abhängigkeit, Arbeitslosigkeit und Verarmung unserer hochentwickelten und energieabhängigen Industrie werden unter Verwendung eines hysterischen Slogans «Ausstieg aus der Atomenergie» sogenannte Umweltpunkte an Politiker verteilt. Diese verunglimpfende Art der Einteilung unserer Volksvertreter in Kategorien ist oberflächlich und primitiv.

In den nächsten Jahren werden auch wichtige Entscheide über das Radio und Fernsehen fallen müssen. Es ist dabei nicht unwesentlich zu erkennen, dass unsere staatlich konzessionierten Massenmedien immer linkslastiger werden.

Wir wollen unsere freie Schweiz verteidigen, um unabhängig zu bleiben. Es gilt aber auch, dieses Land lebenswert zu erhalten. Es gibt also keine Wahl zwischen den Leistungen für die militärische Landesverteidigung und dem Einsatz für die Gesunderhaltung von Luft, Wasser und Boden. Sehr kurzsichtig sind unsere Mitbürger und Politiker, welche sich einseitig nur als sozial oder nur als grün geben.

Lassen Sie mich ein einfaches Beispiel machen. Der Mensch allein verhält sich wie der Staat. Er sorgt dafür, dass sein Körper und sein Geist gesund bleiben, ist aber auch bereit, sich gegen böswillige Anschläge auf sein Leben zu wehren und Krankheiten gesund zu pflegen. Nur törichte Leute oder solche mit böser Absicht bestreiten die Legitimität dieser einfachen Lebensphilosophie.

Wir müssen im Ernstfall unseren Soldaten auch die Sorgen für die daheimgebliebenen Familien abnehmen können. Mit dem Zivilschutz, den Schutzbauten und der Fürsorge durch zivile Führungsorgane wollen wir die Angehörigen der Wehrmänner und andere Zivilisten über eine gefahrvolle Zeit hinwegretten. Wir wollen nach Katastrophen und kriegerischen Auseinandersetzungen als eigenständiges Volk weiterbestehen können.

Ob wir es glauben wollen oder nicht, wir leben in einer gefahrvollen Zeit. Die Bedrohungen und die Herausforderungen sind vielseitig. 1986, im «Jahr des Friedens» konnte man weltweit 37 bewaffnete Konflikte zählen. Über die Abrüstung wird vorläufig nur diskutiert. Bis heute ist noch keine Rakete verschrottet und keine Division aufgelöst worden. Darum sind die Vorbereitungen für den Schutz unseres Lebens und aller unserer Werte wichtig, wir nennen es Gesamtverteidigung.

Doch noch vieles gibt es zu tun, wie es in dieser Ausgabe unserer Zeitschrift auch mehrfach von kompetenter Seite beschrieben wird. Ich halte es auch für richtig, dass die Frauen, welche nicht freiwillig in der Armee dienen, als Zivilschutzpflichtige die ihnen zustehenden Aufgaben im Rahmen der Gesamtverteidigung zu übernehmen hätten. Es gibt aber auch Männer, die sich nicht nur um den Militärdienst drücken, sondern auch den Zivilschutzdienst verweigern. Gut, dass das Bundesgericht kürzlich in einem Prozess die von einem Berner Gericht ausgesprochenen Gefängnisstrafen von 30 Tagen wegen der Schwere der Verfehlung als zu milde beurteilt hat. Diese Stellungnahme unseres höchsten Gerichtes setzt klare Maßstäbe, indem es im Urteil feststellt: *«Zivischutzverweigerer sind klare Rechtsbrecher. Es gibt weder ethische noch moralische Gründe für eine Weigerung, im Zivilschutz rettende, ja lebensrettende Dienste zu erbringen. Auch eine schwere Gewissensnot kann deshalb von einem Zivilschutzverweigerer nicht geltend gemacht werden; Zivilschutzverweigerung als politische Demonstration ist strafbar.»*

So werden unsere Räte in Bern in nächster Zeit auch über ein Gesetz zur Entkriminalisierung der Militärdienstverweigerer entscheiden müssen. Hoffentlich wird das neu gewählte Parlament fest genug sein und keine Aufweichung der in der Verfassung festgelegten allgemeinen Wehrpflicht zulassen.

Alle Wehrmänner und Angehörigen von MFD und R+D sind aufgerufen, vollzählig bei den Wahlen teilzunehmen und standfeste und der Gesamtverteidigung gegenüber verpflichtete Frauen und Männer in unser Parlament zu wählen.

Edwin Hofstetter